

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Karl-Josef Laumann, Matthias Wissmann, Brigitte Baumeister, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/8363 –**

Politik für mehr Beschäftigung statt organisationspolitischem Aktionismus

A. Problem

Was die Bundesregierung am 22. Februar 2002 zur Änderung bei der Bundesanstalt für Arbeit angekündigt hat, habe die SPD zu Zeiten der unionsgeführten Regierung erbittert bekämpft: Die Entmonopolisierung der Bundesanstalt für Arbeit (BA), die Zulassung Privater zur Arbeitsvermittlung und die konsequente Dezentralisierung der Arbeitsmarktpolitik. Die deutsche Wirtschaft befinde sich auf einer rasanten Talfahrt. Mit einem Wachstum von voraussichtlich unter 0,7 % im laufenden Jahr belege Deutschland einen traurigen letzten Platz in Europa.

Der Deutsche Bundestag soll daher die Bundesregierung auffordern:

1. das Arbeitsrecht beschäftigungswirksam zu flexibilisieren,
2. das Sozialrecht neu zu gestalten,
3. die Arbeitsverwaltung organisatorisch zu reformieren,
4. in der Verwaltung eine neue Aufgabenverteilung vorzunehmen,
5. einen Wettbewerb bei der Vermittlung zu initiieren,
6. eine betriebsnahe Qualifizierung zu gestalten und
7. die Arbeitsverwaltung auf ihre Kernaufgaben zu beschränken.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 14/8363 abzulehnen.

Berlin, den 5. Juni 2002

Der Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung

Doris Barnett
Vorsitzende

Heinz Schemken
Berichterstatler

Bericht des Abgeordneten Heinz Schemken

I. Überweisung, Voten der mitberatenden Ausschüsse und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der Antrag auf Drucksache 14/8363 ist in der 221. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. Februar 2002 an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen worden.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 132. Sitzung am 15. Mai 2002 beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 81. Sitzung am 15. Mai 2002 beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 106. Sitzung am 15. Mai 2002 beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat den Antrag in seiner 132. Sitzung am 5. Juni 2002 beraten und abgeschlossen. Im Ergebnis der Beratungen wurde der Antrag mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags auf Drucksache 14/8363

Die negativen Konsequenzen der falschen Politik der Koalition würden immer deutlicher. Die deutsche Wirtschaft befinde sich auf einer rasanten Talfahrt. Die Bundesregierung soll daher vom Deutschen Bundestag aufgefordert werden, verschiedene Maßnahmen für mehr Beschäftigung zu ergreifen und die Bundesanstalt für Arbeit durchgreifend zu

reformieren. Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 14/8363 verwiesen.

III. Ausschussberatungen

Einig war sich der Ausschuss darüber, dass die Arbeitslosigkeit nach wie vor zu hoch ist. Gestritten wurde über die zur Senkung der Arbeitslosigkeit von der Union vorgeschlagenen Ansätze.

Die Mitglieder der **Fraktion der CDU/CSU** wiesen darauf hin, dass durch das von den Koalitionsfraktionen geschaffene schlechte Klima auf dem Arbeitsmarkt die Arbeitslosigkeit gestiegen sei. Besonders in den neuen Ländern sei die Lage dramatisch. Der falsche Ansatz sei es aber, allein die Arbeitsverwaltung für die entstandene Lage verantwortlich zu machen; vielmehr seien durchgreifende Maßnahmen, wie sie die CDU/CSU vorschläge, zu ergreifen.

Die Mitglieder der **Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** lehnten den Antrag u. a. mit der Begründung ab, die in dem Antrag enthaltene Analyse treffe nicht zu. Die CDU/CSU sei nicht bereit, bestimmte statistische Wahrheiten zu verarbeiten. So habe es z. B. bei Älteren eine deutliche Senkung der Arbeitslosigkeit gegeben. Die Kommission zur Reform der Bundesanstalt für Arbeit unter Leitung von Dr. Peter Hartz werde entsprechende Vorschläge zum Umbau der Bundesanstalt unterbreiten, die dann umzusetzen seien.

Die Mitglieder der **Fraktion der FDP** betonten, dass die wirtschaftliche Lage beim Mittelstand infolge vierjähriger rot-grüner Politik schlecht sei. Es seien bis zu 40 000 Insolvenzen in diesem Jahr zu erwarten. Von den großartig angekündigten Zielen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik sei keines erreicht worden. Die FDP werde dem Antrag der Union nicht zustimmen, da diese weiterhin die Ergänzung des Günstigkeitsprinzips mit einem Vetorecht der Tarifparteien verknüpfe. Dies sei keine wirkliche Reform bei den betrieblichen Bündnissen für Arbeit. Da der Antrag aber ansonsten vernünftige Vorschläge enthalte, werde sich die Fraktion der FDP der Stimme enthalten.

Die Mitglieder der **Fraktion der PDS** erklärten, der Antrag gehe an den tatsächlichen strukturellen Problemen vorbei und werde daher abgelehnt. Die strukturellen Probleme könnten nur mit einer Politik für mehr Beschäftigung gelöst werden, mit mehr Investitionen und Öffentlich geförderter Beschäftigung sei dies möglich.

Berlin, den 5. Juni 2002

Heinz Schemken
Berichtersteller